

# KLAUSURTICKER +++

INFOS AUS DER SPD-FRAKTION | 25. MAI 2018 | WWW.SP-D-FRAKTION-BREMEN.DE

## AKTUELLE INFOS AUS ETELSEN

Drei Tage lang, vom 23. bis zum 25. Mai, hat sich die SPD-Fraktion zu einer Klausurtagung in Etelsen getroffen

Dabei diskutierte sie nicht nur mit prominenten Gästen wie der SPD-Bundesvorsitzenden Andrea Nahles, die am Donnerstag zu Gast war, oder Bürgermeister Carsten Sieling. Sie beschloss auch eine Reihe von Initiativen. Nähere Informationen über die Themen und Inhalte finden sich auf den folgenden Seiten sowie online unter:

[WWW.SP-D-FRAKTION-BREMEN.DE](http://WWW.SP-D-FRAKTION-BREMEN.DE)



## SPD-FRAKTION BEENDET ARBEITSINTENSIVE KLAUSUR

**Drei Tage, vierzehn Initiativen, zwei thematische Schwerpunkte, ein Preis und unter den Gästen auch die Bundesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Andrea Nahles: Das ist die Bilanz der Klausurtagung der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Etelsen, die nach drei Tagen intensiver Arbeit heute ihren Abschluss fand.**

Ein zentrales Thema, mit dem die sozialdemokratischen Bürgerschaftsabgeordneten sich auf ihrer Klausur beschäftigten, war der Wohnungsbau. Dazu verabschiedeten sie gleich ein ganzes Antragspaket, das unter anderem Veränderungen bei der Sozialbauquote, Hilfe für junge Familien beim Hauskauf, mehr Wohnimplätze für Studierende und Auszubildende sowie Kriminalprävention als Schwerpunkt der Stadtentwicklung vorsieht. „Wir haben in den vergangenen Jahren vieles auf den Weg gebracht“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Aber klar ist auch: Die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum sowie eine bessere soziale Durchmischung der Ortsteile wird auch in den kommenden Monaten und Jahren eine zentrale Herausforderung und Aufgabe sein.“

Unter dem Überbegriff „Bremen und Bremerhaven – ein Zuhause“ fassten die Abgeordneten zudem ein Bündel weiterer Beschlüsse zusammen. So soll es unter anderem ab dem kommenden Jahr einen eintrittsfreien Tag in den öffentlichen Museen in Bremen und Bremerhaven geben. Die SPD-Fraktion setzt sich zudem für ein freies, flächendeckendes WLAN in Gröpelingen ein. Und sie stiftet einen Preis, der Engagement vor Ort – in den Städten, Ortsteilen, Quartieren und Nachbarschaften –



Die SPD-Bundestagsvorsitzende Andrea Nahles diskutierte in Etelsen mit den SPD-Bürgerschaftsabgeordneten

würdigen und fördern soll. Die Preisträger sollen künftig jährlich mit diesem Preis der SPD-Fraktion bedacht werden.

Die Fraktion widmete sich darüber hinaus auch noch anderen Themenbereichen. So will sie erreichen, dass das Existenzminimum künftig fairer berechnet wird. Die Gewerbeflächen in Bremen sollen weiterentwickelt werden. Und Grundschullehrkräfte sollen künftig genau so viel verdienen, wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die an Gymnasien unterrichten.

Einen Blick auf die Bundespolitik warf bei ihrem Besuch wiederum die SPD-Bundestagsfraktions- und Bundesvorsitzende Andrea Nahles – gleichwohl mit Bezug zu Bremen. „Auf Bundesebene hat die SPD-Fraktion drei zentrale Projekte auf den Weg gebracht: Schaffung bezahlbaren Wohnraums und Begrenzung von Mietwucher, ein Förderprogramm für die Qualität von Kitas, und zudem investieren wir in Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose“, sagte sie und betonte: „Von allen drei Maßnahmen werden direkt die Länder, also auch Bremen, profitieren.“

## SOZIALQUOTE, ERBPACHT, WOHNHEIME, KRIMINALPRÄVENTION, LEERSTÄNDE:

„Die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Herausforderung unsere Zeit“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Gerade in Städten und Ballungsräumen fehlen Wohnungen, und die Nachfrage wird immer größer. In der Folge steigen die Mieten immer weiter an – für viele Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ist das mittlerweile ein existenzielles Problem.“

Das Thema Wohnen war aus diesem Grund ein Schwerpunkt der SPD-Fraktion auf ihrer Klausur in Etelsen. „Wir haben uns der Problematik aus verschiedenen Blickwinkeln genähert und in den Anträgen konkrete Maßnahmen beschlossen“, sagt Tschöpe und zählt auf: „So wollen wir etwa die Sozialbauquote angehen, die wir einerseits erhöhen, andererseits aber auch so ausgestalten wollen, dass sie gezielter auf eine bessere soziale Durchmischung der Stadtteile hinwirkt. Wir wollen außerdem das Instrument der Erbpacht nutzen, um gerade jungen Familien



Björn Tschöpe

den Kauf eines Eigenheims zu ermöglichen. Wir wollen aber auch den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu einem zentralen Ziel der Stadtentwicklung machen. Und schließlich wollen wir die Planung für 1.000 zusätzliche Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende konkret angehen und fragen nach, wie der Planungsstand bei derzeit ungenutzten, für die Schaffung von Wohnraum geeigneten Gebäuden wie dem Bundeswehrhochhaus oder der Scharnhorst-Kaserne ist.“

Alle diese Anträge hätten gemeinsam, dass sie in absehbarer Zeit umsetzbar seien, erklärt der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende. „Wir haben in den vergangenen Jahren vieles auf den Weg gebracht. Wir stellen in Bremen Bauflächen zur Verfügung. Wir sorgen zum Beispiel mit der Sozialquote für bezahlbaren Wohnraum. Wir unterstützen mit einem Förderprogramm insbesondere junge Familien beim Kauf eines Eigenheims. Aber klar ist auch: Die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum sowie eine bessere soziale Durchmischung der Ortsteile wird auch in den kommenden Monaten und Jahren eine zentrale Herausforderung und Aufgabe sein.“



> WEITERE INFORMATIONEN UND DIE ANTRÄGE FINDEN SICH UNTER  
[HTTP://TINY.CC/KLAUSUR\\_WOHNEN](http://tiny.cc/klausur_wohnen)

### Neuer Weg bei der Sozialbauquote

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, verkauft die Stadtgemeinde Bremen größere öffentliche Bauflächen nur noch mit der Auflage, dass 25 Prozent des dort entstehenden Wohnraums an Menschen mit B-Schein-Berechtigung zu vermieten sind – mit entsprechend niedrigen Mieten. Solche Sozialquoten gibt es auch in Berlin und Hamburg, und dort wurden sie inzwischen sogar auf 30 Prozent angehoben. Bremen sollte diesem Beispiel folgen und die Quote auf 30 Prozent anheben, hat

die SPD-Fraktion nun in einem Antrag beschlossen. Doch spricht sie sich darin auch dafür aus, die Quote zu differenzieren. So soll der Senat, basierend auf den Sozialindikatoren, ein Abschlagssystem entwickeln. Das heißt: In den Ortsteilen mit starker sozialer Belastung soll die Sozialquote geringer ausfallen, in den bessergestellten Stadtteilen wird sie im Gegenzug erhöht, damit die Quote auf die gesamte Stadt gerechnet das Niveau von Hamburg oder Berlin erreicht.

Diese Differenzierung soll einen wichtigen Beitrag leisten zu einer besseren sozialen Durchmischung der Stadtteile. Konkret:

Dort wo bereits viele Menschen ohne oder mit nur geringem Einkommen leben, soll mehr Zuzug von Menschen mit höherem Einkommen ermöglicht werden. Dort, wo bislang wenige Wohnungen bestehen, die den Kriterien des sozialen Wohnungsbaus entsprechen, muss deutlich mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, um auch Menschen ohne oder mit unterdurchschnittlichen Einkommen zu ermöglichen, in diesen Quartieren zu leben.

### SPD-Fraktion fragt nach: Sachstand bei leerstehenden Gebäuden

Bundeswehrhochhaus oder Scharnhorst-Kaserne – in Bremen gibt es einige Gebäude, die leerstehen und die sich für den Wohnungsbau eignen. Dazu zählt etwa auch das ehemalige Hauptzollamt in Walle, das nach dem Auszug der bisher dort untergebrachten Geflüchteten als Wohnheim für Studierende oder Auszubildende eine neue Verwendung finden könnte. Pläne, das Bundeswehrhochhaus und die Scharnhorst-Kaserne zu kaufen, um dort Wohnraum zu schaffen, hatte die Stadt Bremen bereits geäußert. Die SPD-Fraktion will nun in einer auf der Klausur beschlossenen Kleinen Anfrage wissen: Was ist der aktuelle Stand bei diesen Plänen? Was plant der Senat mit dem ehemaligen Hauptzollamt? Und gibt es weitere Objekte im Stadtgebiet, die sich für Wohnzwecke eignen – und wenn ja: Wer sind die Eigentümer?



## SPD-FRAKTION BESCHLIESST ANTRAGSPAKET ZUM WOHNUNGSBAU

### Erbpacht nutzen, um Baukosten zu senken

Die eigenen vier Wände sind eine wichtige Säule der Altersvorsorge. Doch aus unterschiedlichen Gründen ist es gerade für junge Familien mit mittlerem Einkommen schwer, eine Immobilie zur eigenen Nutzung zu erwerben. Das Problem ist häufig das fehlende Eigenkapital. Familien, die ausschließlich von dem Leben, was sie als abhängig Beschäftigte verdienen, können dieses Kapital oft nicht aufbringen. Die SPD-Fraktion hatte bereits in den vergangenen Haushaltsberatungen etwas unternommen, um diesen Familien zu helfen. Denn das einzige, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beeinflussen können, sind die Kosten, die für den Grunderwerb zu zahlen sind. Bremen hat daher ein Förderprogramm aufgelegt, das Familien mit einem Zuschuss von 15.000 Euro fördert – in bestimmten Stadtteilen, die stark sozial belastet sind. Dadurch sollen nicht nur diese Familien unterstützt und gefördert werden, sondern auch die soziale Durchmischung der betreffenden Stadtteile verbessert werden.

Nun haben die Sozialdemokraten beschlossen, dass auch eine weitere Möglichkeit genutzt werden soll, um die Kosten für den Grunderwerb zu reduzieren: Bremen soll Grundstücke im öffentlichen Besitz auf Erbpachtbasis überlassen und nicht mehr verkaufen. Dies würde die Kosten, die für das Baugrundstück aufzuwenden sind, für die Familien deutlich reduzieren, weil sie sie nicht mehr auf einen Schlag am Anfang aufbringen müssen. Der Senat soll nun nach dem Willen der SPD-Fraktion unter anderem insbesondere in den sozial belasteten Ortsteilen nach geeigneten öffentlichen Flächen suchen. Er soll zudem ein Ausschreibungskonzept für drei Pilotflächen entwickeln – und dabei sicherstellen, dass besonders jungen Familien die finanziellen Vorteile auch in vollem Umfang zugutekommen. Und er soll auf einer Pilotfläche ein ähnliches Modell wie in Hamburg erproben. Dort zeigen Beispiele, dass sich auf Basis der Erbpacht Bauprojekte mit Investoren realisieren ließen, die langfristig günstige Mieten sicherstellen.

### Planung für Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende

In Bremen und Bremerhaven wohnen derzeit nur etwa sechs Prozent der rund 32.000 Studierenden in einem öffentlich geförderten Studierendenwohnheim. Hinzu kommen zwar noch 1,2 Prozent der Studierenden, die in einem privat betriebenen Wohnheim leben. Insgesamt liegt die Quote damit aber deutlich unter der bundesweiten Versorgungsquote, die bei zehn Prozent liegt. Um zur bundesdurchschnitt-



lichen Versorgungsquote aufzuschließen braucht das Land in den kommenden fünf Jahren 1.000 zusätzliche Wohnheimplätze. Die Bürgerschaft hat dem bereits Rechnung getragen und das Geld für die Planung und den Bau einer Vielzahl von Projekten bereitgestellt. Die SPD-Fraktion hat nun einen Antrag beschlossen, der diese Planung konkretisieren will. Der Senat wird darin aufgefordert, einen auf fünf Jahre ausgerichteten Zeit- und Maßnahmenplan zu erstellen, aus dem die Planungs- und Bauzeiträume ebenso hervorgehen wie die geplante Fertigstellung der Wohnheime für Studierende und Auszubildende. Zudem zeichnet sich ab, dass die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht reichen werden, um die Zielzahl von 1.000 Wohnheimplätzen zu erreichen; bis zu 160 Plätze könnten am Ende fehlen. Wie viele Plätze genau fehlen und wie diese Lücke geschlossen werden könnte, soll der Senat daher ebenfalls darlegen.

Denn für die SPD-Fraktion steht fest: Bremen darf den Anschluss bei bezahlbarem Wohnraum für Studierende nicht verlieren. Denn dies ist ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität und letztlich entscheidend für Bremen als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort.

Und nicht zuletzt profitieren nicht nur Studierende und Auszubildende von den Wohnheimplätzen. Denn die Nachfrage gerade nach preiswertem Wohnraum und Single-Wohnungen ist hoch. Studierende und Auszubildende konkurrieren hier mit Menschen aus immer mehr anderen Gruppen um entsprechende Wohnungen. Die Schaffung von Wohnheimplätzen hat somit auch entspannende Wirkung auf den Wohnungsmarkt insgesamt.

### Schutz vor Kriminalität bei Stadtentwicklung berücksichtigen

Bremen braucht mehr Wohnraum. Darüber herrscht über alle Parteigrenzen

hinweg Einigkeit. Einiges ist hier schon unternommen worden. Doch klar ist auch: Bremen muss und wird die Anstrengungen in diesem Bereich intensivieren. Dadurch wird sich Bremen auch städtebaulich verändern, wenn neuer Wohnraum oder sogar ganze Wohngebiete hinzukommen. Diese Veränderungen sind zu nutzen, um den Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität zu verbessern. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Fraktion nun beschlossen. Konkret: Die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls und der objektiven Sicherheit soll zu einem entscheidenden Faktor bei der Stadtplanung werden. Denn unübersichtliche und schlecht beleuchtete Orte begünstigen Delikte wie den Straßenraub oder auch Sexualstraftaten. In jedem Fall können hier auch unabhängig von einer tatsächlichen Gefahr „Angsträume“ für die Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Um dies zu ändern soll ein Fachbeirat „Einbruchschutz und städtebauliche Kriminalprävention“ ins Leben gerufen werden. Dieser Beirat soll mit Vertretern von Bauwirtschaft, Handwerk, Versicherungswirtschaft und Polizei die Behörden bei der Flächenplanung und der Aufstellung von Bebauungsplänen beraten. Der Senat soll zudem prüfen, wie die Anhörung des Beirats formal Eingang in die Erstellung von Bebauungsplänen finden kann, ohne dass dies zu Verzögerungen führt. Und auch der Einbruchschutz soll nach dem Willen der SPD-Fraktion verbessert werden. So soll der Senat sowohl in den regelmäßigen Gesprächen mit Vertretern der Bauwirtschaft als auch in seiner Funktion als (Mit-)Eigentümer von Wohnungsbaugesellschaften darauf hinwirken, dass der Einbruchschutz verbessert wird – etwa, wenn ohnehin Modernisierungen anstehen. So ließen sich auch im Bestand Verbesserungen erreichen, die die Bewohnerinnen und Bewohner wirksam vor Kriminalität schützen.



## EXISTENZMINIMUM MUSS AUCH WIRKLICH ZUM LEBEN REICHEN!

**Die SPD-Fraktion will erreichen, dass das Existenzminimum anders berechnet wird. Sie hat auf ihrer Klausur in Etelsen einen Antrag beschlossen, der den Senat dazu auffordert, sich auf Bundesebene für eine faire Berechnungsmethode einzusetzen. Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle, lässt keinen Zweifel: „Für uns steht fest: Das Existenzminimum muss fair berechnet werden – und tatsächlich die Existenz sichern.“**

Reichen die sozialen Transferleistungen um das Existenzminimum zu sichern? Die Diskussion über die Frage hat in Deutschland Fahrt aufgenommen. Und auch die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich auf ihrer Klausur in Etelsen damit auseinandergesetzt. „Diese Diskussion ist dringend nötig, und wir sollten sie gründlich und in allen Facetten führen“, sagt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle. Teil dieser Debatte könne eine grundsätzliche Veränderung des Systems sein, auch die jüngsten Anregungen zur Schaffung eines solidarischen Grundeinkommens könnten hier aufgenommen werden. „Über all dies sollten wir sprechen“, sagt Möhle. „In einem ersten Schritt müssen wir aber ganz konkret etwas unternehmen, damit das Verfahren zur Berechnung des Existenzminimums fair gestaltet wird. Dafür muss Bremen sich auf Bundesebene kurzfristig stark machen.“



Klaus Möhle

Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Fraktion heute beschlossen. Darin fordert sie den Senat auf, sich auf Bundesebene für ein faires und der Realität angemessenes

Existenzminimum einzusetzen. Dafür soll mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ein Verfahren abgestimmt werden. „Wir müssen dabei insbesondere das Problem der sogenannten ‚verdeckten Armut‘ angehen“ betont Möhle. Dieses Problem ergebe sich aus der aktuellen Berechnungsmethode. Grundlage für die Berechnung des Existenzminimums – und damit auch des Regelsatzes – sei das Konsumverhalten einer Vergleichsgruppe. Als solche Gruppe würden die Haushalte herangezogen, deren Einkommen eine Existenz ermögliche ohne auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Bei Singlehaushalten seien das etwa die finanziell schwächsten 15 Prozent.

„Und hier liegt das Problem“, erklärt Möhle. „Denn es werden die ärmsten 15 Prozent der Bevölkerung betrachtet, die keine Sozialleistungen beziehen – unabhängig davon, ob sie einen Anspruch darauf hätten. Zumindest große Teile dieser Gruppe gehören zu den ‚verdeckten Armen‘, deren Existenz finanziell gefährdet ist. Wenn diese Haushalte als Berechnungsgrundlage dienen, dann wird das Existenzminimum zu Ungunsten der Empfänger von Hartz IV oder Grundsicherung im Alter verzerrt – und deckt das Existenzminimum eben nicht mehr ab.“

Es stelle sich also grundsätzlich die Frage, inwieweit die sozialen Transferleistungen

zum Lebensunterhalt und einer angemessenen sozialen Teilhabe reichten, so der Sozialdemokrat weiter. „Sozial- und Wohlfahrtsverbände verneinen dies entschieden“, sagt er, „und es wird davon ausgegangen, dass die finanzielle Lücke, damit es zum Leben reicht, für erwachsene Einzelpersonen bei bis zu 100 Euro liegt. Das heißt nichts anderes, als dass das finanzielle Existenzminimum für Millionen von Menschen nicht garantiert ist!“

„Nicht zuletzt die Tatsache, dass mehr als 1,5 Millionen Menschen in Deutschland Unterstützung bei der Tafel suchen, sollte uns alarmieren“, sagt Möhle abschließend. „Viele Experten gehen davon aus, dass die Tafeln von so vielen Menschen genutzt werden, weil sie es ermöglichen, bei Lebensmitteln zu sparen und sich etwas anderes leisten zu können, das vom zu gering bemessenen Regelsatz nicht abgedeckt wird. Das darf so nicht sein. Wir müssen die Gefahr ausschließen, dass das Existenzminimum durch die Konstruktion zu kleiner oder nicht angemessener Bezugsgruppen unterschritten wird. Für uns steht fest: Das Existenzminimum muss fair berechnet werden – und tatsächlich die Existenz sichern.“

**>Antrag: Existenzminimum endlich fair und realistisch berechnen**

<http://tiny.cc/existenzminimum>

## MUSEEN SOLLEN EINEN TAG PRO WOCHE KOSTENLOS ÖFFNEN

**Mindestens ein eintrittsfreier Tag in den öffentlichen Museen in Bremen und Bremerhaven pro Woche – das ist das Ziel der SPD-Fraktion. Sie hat daher auf ihrer Klausur einen entsprechenden Antrag beschlossen, in dem sie den Senat auffordert, mit den Museen entsprechende Gespräche zu führen und auf einen freiwilligen Modellversuch hinzuwirken.**

Kollektives Gedächtnis – was vielleicht ein Bisschen hochtrabend klingt, ist in seiner konkreten Ausgestaltung und Wirkung aber von großer Bedeutung für eine Gesellschaft. Was die Bremer einst „buten un binnen“ zusammentrugen, erzählt etwas über die Geschichte unseres Landes, über seine Identität, über das, was Bremen ausmacht.

Die Orte, wo diese Erinnerungen gepflegt werden, sind auch und vor allem Museen. Und die SPD-Fraktion will, dass alle Zugang zu den Orten dieses kollektiven Gedächtnisses haben – unabhängig vom Geldbeutel. „Die staatlichen Museen ‚gehören‘ allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, also sollten auch alle Zutritt haben – unabhängig vom Einkommen oder individuellen Bildungsgrad“, sagt der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Elombo Bolayela.



Elombo Bolayela

Nach dem Willen der SPD-Fraktion soll es ab dem kommenden Jahr einen Tag in der Woche geben, an dem der Eintritt in alle öffentlichen Museen kostenlos ist. Der Senat soll dafür



Foto: Joachim Kohler Bremen/wikimedia

die Voraussetzungen schaffen und dabei auch mit den Museen gemeinsam einen einheitlichen Wochentag festlegen, damit es nicht zu einem Flickenteppich von unterschiedlichen eintrittsfreien Tagen kommt. Zudem sollen mit privaten und freien Museen Gespräche darüber geführt werden, ob und wie sie sich an dem kostenfreien Museumstag beteiligen.

Bolayela ist überzeugt, dass ein solcher eintrittsfreier Tag den Museen neue Besuchergruppen verschaffen kann. „In Deutschland gilt ein Museumsbesuch immer noch als elitär, und die Häuser werden deutlich mehr von Akademikern besucht als von weniger gut Gebildeten“, sagt er. „Erfah-

rungen im In- und Ausland zeigen, dass ein kostenfreier Eintritt hilft, Schwellenängste zu reduzieren, und ‚einfach mal‘ ins Museum zu gehen. Dadurch können auch neue Nutzergruppen wie Bezieher von Sozialleistungen oder Migranten für einen Besuch im Museum gewonnen werden. Und das ist wichtig. Wir wollen die Schwellen verringern und alle einladen, an Kultur teilzunehmen. Die Museen in Bremen und Bremerhaven haben so viel zu bieten – das sollen alle sehen können, unabhängig vom Geldbeutel oder Bildungsgrad!“

**>Antrag: Museen sind unser kollektives Gedächtnis – Zugang für alle ermöglichen**  
[http://tiny.cc/museum\\_fre](http://tiny.cc/museum_fre)

## FREIES, FLÄCHENDECKENDES WLAN FÜR GRÖPELINGEN

**Die SPD-Fraktion setzt sich für ein flächendeckendes WLAN-Netz im Stadtteil Gröpelingen ein. Dazu soll der Senat nun mit der Bremer Freifunk-Initiative Gespräche darüber aufnehmen, wie dies als Pilotprojekt unter Nutzung der vorhandenen öffentlichen und – sofern hier die Bereitschaft besteht – auch freigemeinnützigen und kommerziellen Infrastruktur umgesetzt werden kann.**

„Dies kann ein wichtiger Beitrag sein, um einen sozial benachteiligten Stadtteil konkret zu unterstützen und den Menschen dort konkret zu helfen“, sagt die Gröpelinger SPD-Abgeordnete Petra Krümpfer mit Blick auf den auf der Klausur beschlossenen Antrag. Denn für sie steht fest: „Die sozialen Unterschiede führen auch zunehmend zu einer digitalen Spaltung. Ein flächendeckendes freies WLAN kann ein Baustein dabei sein, diese Spaltung zu überwinden.“



Petra Krümpfer

Denn dass die Digitalisierung zu tiefgreifenden Veränderungen in allen Gesellschaftsbereichen führt, ist mittlerweile ein Allgemeinplatz. Allerdings können nicht alle Menschen in gleichem Maße an diesen Veränderungen teilhaben. Studien zeigen, dass es weiterhin einen Zusammenhang gibt zwischen dem sozialen Status und digitaler Distanz oder sogar Abstinenz. Dies hat unterschiedliche Ursachen, ein wesentlicher Faktor ist jedoch Zweifellos: Internetzugänge und Endgeräte kosten Geld. Und nicht jeder kann sich das leisten.

„Unser Antrag hat zum Ziel, diesen Zusammenhang ein Stückweit aufzubrechen“, sagt Krümpfer. „Denn wenn sich die Ungleichheit von Chancen noch dadurch verstärkt, dass Menschen aus Kostengründen nicht online sein können, müssen wir etwas unternehmen. Ein freies WLAN für Gröpelingen bietet hier eine große Chance. Und ich freue mich, dass wir als SPD-Fraktion dies nun angehen wollen.“

**>Antrag: Digital geht auch sozial – Freies WLAN für Gröpelingen**  
[http://tiny.cc/wlan\\_groepelingen](http://tiny.cc/wlan_groepelingen)

## SPD-FRAKTION STIFTET PREIS FÜR ENGAGEMENT VOR ORT

**„Bremen und Bremerhaven – ein Zuhause“: Das ist der Name eines neuen Preises, den die SPD-Bürgerschaftsfraktion auslobt. Auf ihrer Klausur in Etelsen hat sie beschlossen, dass der Preis einmal im Jahr an Initiativen, Vereine, Projekte oder Einzelpersonen verliehen werden soll, die sich in besonderer Weise für ihre Stadt, ihren Stadtteil, ihr Quartier oder ihre Nachbarschaft engagieren.**

Was macht die Lebensqualität von Bremen und Bremerhaven aus? Es ist in erster Linie der Zusammenhalt der Menschen, die in unserem Bundesland leben. Sie sind diejenigen, die sich auf vielfältige Weise für ihre Stadt, ihren Stadtteil, ihr Quartier, ihre Nachbarschaft engagieren. Sie sorgen dafür, dass Bremen und Bremerhaven nicht nur Wohnorte, sondern ein Zuhause sind.

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion wollen dieses Engagement unterstützen und würdigen. „Bremen und Bremerhaven – ein Zuhause“ – unter diesem Titel lobt die Fraktion daher aus den Privatmitteln der Abgeordneten einen Preis für besonderes Engagement in unserem Bundesland aus.

Der Preis soll sich dabei nicht nur an Initiativen, Vereine und Projekte richten, die sich für die Lebensqualität in unseren Städten, Stadtteilen oder Quartieren einsetzen, Auch „stille Helfer“, die

einfach etwas für ihre Nachbarschaft tun, ohne dies an die ‚große Glocke‘ zu hängen, sollen durch den neuen Preis der SPD-Bürgerschaftsfraktion gewürdigt werden können. Ausgezeichnet werden sollen kreative Ideen, Konzepte und Taten, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger für das nachbarschaftliche Zusammenleben, für soziale Integration oder ein lebendiges Miteinander in den einzelnen Quartieren einsetzen.

„Mit diesem Preis verbinden wir ein so einfaches wie wichtiges Ziel: Wir wollen diejenigen stärken, die sich in und für unsere Städte engagieren und damit einen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts leisten – konkret, vor Ort und oft, ohne großes Aufhebens darum zu machen“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Diese Arbeit ist von ungeheurer Bedeutung. Und daher finden wir: Sie hat unbedingt Aufmerksamkeit und Anerkennung verdient.“

## NACHBARSCHAFTSFESTE EINFACHER UND KOSTENLOS ERMÖGLICHEN!

**Nachbarschaftsfeste spielen eine wichtige Rolle für das Miteinander in einem Quartier. Die SPD-Fraktion will daher erreichen, dass der bürokratische Aufwand bei der Organisation solcher Veranstaltungen reduziert wird und keine Gebühren mehr erhoben werden. Das hat sie auf ihrer Klausur in Etelsen beschlossen.**

Feste in der Nachbarschaft haben eine große Bedeutung für den Zusammenhalt eines Quartiers. Sie fördern das „Wir“-Gefühl der Anwohnerinnen und Anwohner,

sie geben Nachbarn die Gelegenheit, sich in zwangloser Atmosphäre beim gemeinsamen Grillen, Klönschnack und Flanieren näher kennenzulernen. Für die Kinder gibt es dabei meist vielfältige Spielangebote – und das ganz ohne störenden Autoverkehr.

Vor derartigen Festen gilt es aber, diverse organisatorische und bürokratische Hürden zu überwinden, letztere sind zudem mit Gebühren für die Genehmigung verbunden. Die SPD-Fraktion will dies ändern und hat nun einen entspre-

chenden Antrag beschlossen. Dazu der innenpolitische Sprecher Sükrü Senkal: „Wir finden es einfach klasse, wenn auf Privatinitiative Nachbarschaftsfeste oder ähnliches organisiert werden – sie sind ein echter Beitrag für unsere lebenswerte Stadt. Deswegen sollen derartige Straßenfeste künftig ohne dass dafür Gebühren erhoben werden, angemeldet werden können.“

**>Antrag: Nachbarschaftsfeste unbürokratisch und kostenfrei genehmigen**  
<http://tiny.cc/nachbarschaftsfeste>

**SPD-Bürgerschaftsfraktion** Wachtstraße 27/29  
**Land Bremen** 28195 Bremen

**T.** 0421.336770 / **F.** 0421.321120  
**spd-fraktion@spd-bremen.de**

**V.i.S.d.P.:**  
 Matthias Koch

**Redaktion:**  
 Matthias Lüdecke, Philipp Schrage,  
 Christiana Thasius, Timo Joost,  
 Georg Langwasser

## ANPASSUNG DER BEZAHLUNG FÜR LEHRKRÄFTE AN GRUNDSCHULEN



**Die meisten Lehrkräfte an Grundschulen verdienen deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien und zum Teil auch an Oberschulen. Zwischen 400 und 500 Euro brutto pro Monat kann dieser Unterschied liegen, der sich durch die Eingruppierung in einer niedrigeren Besoldungsstufe ergibt. Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausur nun beschlossen, dass sich dies ändern soll und die Besoldungsstufen angepasst werden sollen – auch um im bundeweiten Wettbewerb um Lehrkräfte attraktiv zu bleiben.**

Überall in der Bundesrepublik verschärft sich der Mangel an Lehrkräften. So geht etwa eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung davon aus, dass bis zum Jahr 2025 rund 35.000 Grundschullehrkräfte fehlen. Diese Lücke ergibt sich aus der Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, die bis dahin neu eingestellt werden müssten und der demgegenüber geringeren Anzahl an Absolventinnen und Absolventen, die dafür zur Verfügung stünden, so die Stiftung.

„Wir sprechen hier also nicht über ein Problem, von dem Bremen allein oder in besonderem Maße betroffen wäre“, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör. „Gleichwohl ist dies eine Situation, auf die auch Bremen reagieren muss.“

Dies sei durch erste Maßnahmen, wie etwa die Aufstockung der Referendarsplätze für angehende Lehrer, schon geschehen, betont der Sozialdemokrat. Doch werde dies allein nicht reichen, wenn Bremen im Hin-

blick auf den Wettbewerb mit den anderen nordwestdeutschen Ländern gewährleisten wolle, dass genügend Lehrkräfte für Bremen und Bremerhaven gewonnen werden könnten. Um in diesem Wettbewerb dauerhaft mithalten zu können, müsse man auch die bessere Bezahlung insbesondere von Grundschullehrkräften angehen. Genau dies fordert die SPD-Fraktion nun in einem Antrag, den sie auf ihrer Klausur beschlossen hat.

„Uns geht es dabei aber nicht nur um den Wettbewerb um Fachkräfte, uns geht es auch um Gerechtigkeit“, macht Güngör deutlich. Der Hintergrund: Grundschullehrkräfte sind in der Regel in der Besoldungsgruppe A12 eingruppiert, ihre



Mustafa Güngör

Kollegen an Gymnasien und teils auch an Oberschulen aber eine Gruppe höher – das kann pro Monat einen Unterschied von 400 bis 500 Euro Brutto ausmachen. Dies sei angesichts der weitgehenden Vereinheitlichung der Lehrerausbildung in vielen Bundesländern nicht mehr zu rechtfertigen, sagt Güngör. Zudem sei damit zu rechnen, dass Gewerkschaften gegen die Ungleichbehandlung klagten, wie dies in anderen Bundesländern schon geschehen sei.

„Die Bürgerschaft hat vor einem Jahr bereits einen ersten Schritt gemacht und für Lehrkräfte an Grundschulen sowie im Sekundarbereich I in Oberschulen eine Zulage von etwa 90 Euro beschlossen“, berichtet Güngör. „Damit konnte das Gehaltgefälle bereits ein Stückweit verringert werden. Nun sollten wir den nächsten Schritt gehen und für die gleiche Eingruppierung aller Lehrer sorgen!“

>Antrag: A 13 für Grundschullehrkräfte  
<http://tiny.cc/grundschullehrer>

## WELCHE BEDEUTUNG HABEN MAKERSPACES FÜR DAS LAND BREMEN?

Makerspaces – das sind offene Werkstätten, in denen Menschen kreativ an physischen Objekten arbeiten, in denen sie mit hochmodernen Produktionsmitteln arbeiten können. Die SPD-Fraktion hat heute beschlossen, sich beim Senat in einer Kleinen Anfrage nach der Bedeutung und Entwicklung der Makerspaces in Bremen zu erkundigen.

Man könnte sie auch die Hobbykeller des digitalen Zeitalters nennen: sogenannte

Makerspaces, in der einzelne oder kleine Gruppen an Ideen arbeiten und diese umsetzen können. Sie haben dort Zugang zu hochmodernen Produktionsverfahren. So entstehen innovative Ideen, sie sind ein Raum für interdisziplinäre Vernetzung, dienen aber auch als Lernraum für Kinder und Jugendliche außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems.

Die SPD-Fraktion möchte daher nun unter anderem vom Senat wissen, welche Maker-

spaces es in Bremen gibt, wie diese unterstützt werden und ob es Kooperationen mit Schulen und Hochschulen oder mit Unternehmen gibt. Auch stellt sie die Frage, welche Rolle öffentliche Einrichtungen wie die Stadtbibliothek oder die Volkshochschule bei der Vermittlung von Wissen über neue Technologien spielen können.

>Anfrage: Makerspace: Ort für Kreativität und Wissenstransfer im Land Bremen  
[http://tiny.cc/klausur\\_makerspace](http://tiny.cc/klausur_makerspace)

## MEHR PLATZ FÜR WIRTSCHAFT – GERWERBEFLÄCHEN WEITERENTWICKELN

**Bremens Wirtschaft entwickelt sich ausgezeichnet. Damit dies so weitergehen kann, brauchen die Unternehmen aber vor allem eines: mehr Platz. Die SPD-Fraktion hat daher auf ihrer Klausur einen Antrag beschlossen, der eine stetige Weiterentwicklung des Gewerbeflächenangebotes fordert.**

„Die Weiterentwicklung des Gewerbeflächenangebotes gehört zweifellos zu den zentralen Herausforderungen für unser Bundesland – nicht zuletzt weil wir der Wirtschaft die Möglichkeit geben müssen, zu wachsen, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Reinken.

Durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln etwa für die weitere Erschließung des Gewerbeparks Hansalinie, des



Dieter Reinken

Bremer Industrieparks und die Entwicklung kleinteiliger Flächen, die insbesondere für stadt- und kundennahe Betriebe wie dem Handwerk Entwicklungsmöglichkeiten böten, seien bereits wichtige



Perspektiven für den Wirtschaftsraum Bremen geschaffen worden. „Auf diesem Weg müssen wir nun weitergehen“, betont Reinken. Die SPD-Fraktion fordert in einem auf ihrer Klausur beschlossenen Antrag daher nun konkrete Vorschläge, vor allem für einige konkret benannte Gebiete.

„In Bremen kommt es zunehmend zu Nutzungs- und Flächenkonkurrenzen“,

sagt Reinken. „Das wird ein Problem, dem wir begegnen müssen. Dabei wird neben der notwendigen Ausweitung der Gewerbeflächen auch der Flächensicherung, der Bestandspflege, der Innenentwicklung und der Nachverdichtung eine immer größere Bedeutung zukommen.“

**>Antrag: Gewerbeflächenangebot stetig weiterentwickeln!**

[http://tiny.cc/klausur\\_gewerbe](http://tiny.cc/klausur_gewerbe)

## SPD-FRAKTION FRAGT NACH SACHSTAND BEI ZENTRALEN VERKEHRSPROJEKTEN

**„Die Anbindung von Bremen und Bremerhaven auf Straßen, Schienen und Wasserwegen ist für die Zukunft unseres Landes überlebenswichtig“, sagt die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Sprehe. Die Abgeordneten haben auf ihrer Klausur daher beschlossen, sich in in einer Kleinen Anfrage beim Senat nach dem Sachstand einiger zentraler Verkehrsprojekte zu erkundigen.**

Wie ist der Planungsstand bei den noch nicht fertiggestellten oder noch fehlenden Abschnitten der Autobahn 280? Wann ist nach jetzigem Stand mit der Inbetriebnahme der Autobahn 20 zu rechnen, deren Weiterführung westlich der Elbe ein



Heike Sprehe

zentrales Infrastrukturvorhaben Norddeutschlands ist? Wie wird die Leistungsfähigkeit der Autobahn 1 erhalten und dem zunehmenden Wirtschaftsverkehr angepasst? Und welche Maßnahmen sind aus Sicht des Senats erforderlich, um den Ausbau wichtiger Projekte beim Bundesverkehrsministerium voranzutreiben? „Dies wollen wir vom Senat wissen und haben eine entsprechende Anfrage beschlossen“, erklärt Heike Sprehe. „Denn für uns ist klar: Bremen und Bremerhaven sind als Wirtschafts- und Logistikstandorte auf eine gute Verkehrsanbindung angewiesen. Es ist daher von hohem Interesse für uns, dass die genannten Projekte zügig vorangetrieben werden.“

**>Anfrage: Ist die Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten für den Logistik- und Industriestandort Bremen ausreichend aufgestellt?**

[http://tiny.cc/anfrage\\_verkehr](http://tiny.cc/anfrage_verkehr)

## SCHIENENVERBINDUNG BREMERHAVEN-BREMEN BRAUCHT DRITTES GLEIS

**Tausende Menschen nutzen täglich die Bahnverbindung zwischen Bremen und Bremerhaven. Diese Verbindung ist zudem von zentraler Bedeutung für den nationalen und internationalen Warenverkehr in und aus den Häfen. Die SPD-Fraktion will daher erreichen, dass ein drittes Gleis zwischen Bremen und Bremerhaven gebaut wird. Dafür soll der Senat sich nun bei der Deutschen Bahn einsetzen.**

„Die Schienenverbindung zwischen den beiden Städten unseres Bundeslandes ist eine Hauptschlagader des Verkehrs in der Region und nicht zuletzt wirtschaftlich von größter Bedeu-



Holger Welt

tung“, sagt der Bremerhavener SPD-Abgeordnete Holger Welt. Nicht zuletzt für Berufspendler sei die Strecke wichtig – und sie litten häufig unter Verspätungen. „Aus unserer Sicht gibt es daher keine Alternative zu einem dritten Gleis, um Entlastung zu schaffen“, so Welt.

**>Antrag: Bahnverkehr zwischen Bremerhaven und Bremen endlich ausbauen!**

[http://tiny.cc/gleis\\_3](http://tiny.cc/gleis_3)